

**Beiträge ÖkoLinX-ARL**

## **Wortprotokoll**

**über die**

**43. Plenarsitzung**

**der Stadtverordnetenversammlung**

**am Donnerstag, dem 29. April 2010**

**(16.00 Uhr bis 22.10 Uhr)**

6.	Ausverkauf der Nassauischen Heimstätte stoppen .....	42
	Antrag der SPD vom 10.03.2010, NR 1769	
	Stadtverordnete Elke Sautner, SPD: .....	43
	Stadtverordneter Lothar Stapf, CDU:.....	45
	Stadtverordnete Elke Tafel-Stein, FDP:.....	46
	Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE.: .....	48
	Stadtverordneter Ulrich Baier, GRÜNE: .....	49
	Stadtverordnete Elke Sautner, SPD: .....	51
	Stadtverordneter Hans-Günter Müller, FREIE WÄHLER: .....	52
	Stadtverordneter Jochem Heumann, CDU: .....	53
	Stadtverordneter Ulrich Baier, GRÜNE: .....	55
	Stadtverordneter Hans Busch, SPD:.....	56
7.1	Rettet das Nitribitt-Haus und den Turmpalast.....	58
	Antrag des Stadtverordneten Wolff Holtz - fraktionslos - vom 16.03.2010, NR 1778	
7.2	Bebauungsplan für das Turmpalastareal aufstellen.....	58
	Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 30.03.2010, NR 1795	
	Stadtverordneter Stefan Majer, GRÜNE:.....	58
	Stadtverordneter Wolff Holtz, fraktionslos: .....	61
	Stadtverordnete Elke Tafel-Stein, FDP:.....	62
	Stadtverordnete Dr. Katharina von Beckh, FREIE WÄHLER:.....	63
	Stadtverordneter Jochem Heumann, CDU: .....	63
	Stadtverordneter Wolff Holtz, fraktionslos: .....	67
	Stadtverordneter Wolfgang Hübner, FREIE WÄHLER: .....	67
	Stadtverordnete Elke Sautner, SPD: .....	68
	Stadtverordneter Wolff Holtz, fraktionslos: .....	69
8.	Gedenken an die NS-Opfer würdig gestalten .....	70
	Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 15.03.2010, NR 1773	
	Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE.: .....	70
9.	<b>NEIN zu ELENA: Stoppt die Datensammelwut!</b> .....	72
	Antrag der LINKE. vom 04.02.2010, NR 1716	
	<u>hierzu:</u> Antrag der FDP vom 14.04.2010, NR 1820	
	Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP: .....	72
	Stadtverordneter Günther Quirin, CDU:.....	73
	Stadtverordneter Udo Mack, LINKE.: .....	74
	<b>Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>75</b>
	Stadtverordnete Martina Feldmayer, GRÜNE: .....	76
	Stadtverordnete Ursula Busch, SPD: .....	77
	Stadtverordneter Hans-Joachim Viehl, LINKE.:.....	78
	Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP: .....	79
	<b>Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>80</b>
	Stadtverordneter Hans-Günter Müller, FREIE WÄHLER: .....	80

lang noch nicht hingewiesen worden. Man kann also ab dem 01.01.2012 Leistungen nur mit einer Signaturkarte beantragen. Diese Signaturkarte muss dann jeder Beschäftigte haben, zu den Kosten beispielsweise ist dabei ferner noch nichts gesagt. Ich vermute, dass die Beschäftigten diese Kosten tragen müssen. Bei sehr vorsichtig geschätzten 10 Euro pro Karte sind wir bei 40 Millionen Beschäftigten schon bei 400 Millionen Euro Kosten, denen Sie eine Ersparnis von 60 Millionen Euro gegenüberstellen müssen. Da sieht das schon nicht mehr so sehr nach Ersparnis aus, sondern eher nach einer Verlagerung der Kosten von den Unternehmen auf die Beschäftigten. Das ist dann sozusagen eher das Ziel. Diese Signaturkarte ist bisher noch nicht richtig ins Blickfeld der Diskussion geraten, aber wir werden versuchen dies nachzuholen. Das ist unserer Meinung nach nämlich auch eines der Ziele, die sich mit dem ELENA-Verfahren verbinden. Eines der indirekten Ziele, nämlich, dass es zu einer flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit diesen Signaturkarten kommt, die dann eine elektronische Identifikation der Benutzer erlauben. Das ist, glaube ich, wirklich das zugrunde liegende Ziel dieses ganzen Verfahrens.

Unsere Kritik und die von vielen Datenschützern noch einmal zusammengefasst: ELENA ist eine unzulässige Vorratsdatenspeicherung. Diesbezüglich gibt es auch eine Sammelklage vor dem Bundesverfassungsgericht, die im März eingereicht worden ist. 22.000 Klägerinnen und Kläger, die sozusagen vor dem Bundesverfassungsgericht auf Verfassungswidrigkeit dieses Gesetzes klagen. Da darf man gespannt sein, wie es ausgeht. Des Weiteren gibt es für die Beschäftigten keine Möglichkeit, einzusehen welche Daten übermittelt werden. Jeder Beschäftigte hat zwar unten auf seinem Lohnausdruck einen Hinweis darauf, dass die Daten im Verfahren übermittelt werden, aber wenn man auf der Seite [www.elena.de](http://www.elena.de) dies anklickt, bekommt man mitgeteilt, dass vor dem 01.01.2012 keine Auskunft darüber möglich ist, welche Daten übermittelt werden. Und eben das Dritte, was ich vorhin gesagt habe ...

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Meine Damen und Herren, es gibt offensichtlich ein großes Unterhaltungsbedürfnis, aber vielleicht können Sie dem Redner zuhören und etwas ruhiger sein. Bitte schön, Herr Mack.

**Stadtverordneter Udo Mack, LINKE.:**  
(fortfahrend)

Danke schön! Und eben das letzte, auch zuletzt angesprochen. Es gibt diesen Zwang zum Besitz dieser elektronischen Signaturkarte für alle Beschäftigten. Das sind unserer Meinung nach bedrohliche Entwicklungen, die man auch hier in Frankfurt im Auge behalten sollte, und man sollte die Belange des Datenschutzes ernst nehmen.

Danke schön!

(Beifall)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Vielen Dank, Herr Mack! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Zieran, ÖkoLinX-ARL. Ich bitte um etwas mehr Ruhe, zumindest wenn der Redner angefangen hat.

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:**

Hallo!

Ich finde der Antrag der FDP ist einfach Luft. Das ist überhaupt keine Aussage. Damit stellt man sich diesem Problem nicht. Die Süddeutsche Zeitung erfasst das Problem, worum es hier geht, sehr genau. Es geht nicht um die Minimierung von irgendwelchen Daten. Heribert Prantl ist ja bekannt, ein Mann, der für liberale Werte in dieser Republik steht. Einer der wenigen aus den Zeiten, die dafür stehen, und der sagt, es geht hier nur um eins: Es geht um Totalerfassung. Staatliche Vorratsspeicherung plus staatlicher Zugriff auf die Kontostamm-

daten plus ELENA, sagt er, "da mag sich mancher fragen, wo er eigentlich lebt. In der rechtsstaatlichen Bundesrepublik oder in George Orwells 1984". Ich finde, das ist eine zutreffende Aussage, die noch sehr zahm formuliert ist.

Wenn ich mir dann noch überlege, dass es eine Steueridentifikationsnummer und die Rentennummern gibt, und ich dies alles zusammenfüge, dann haben wir die Möglichkeiten eines Überwachungsstaates. Natürlich wird das im Augenblick so nicht eingesetzt. Es passiert nicht, aber die Möglichkeiten sind gegeben.

Allein die Überlegung, dass man dort Streikdaten mit aufnimmt, hat große Proteste hervorgerufen, auch von den Chefs von Verdi und anderen. Wenigstens an diesem Punkt einmal. Und was ist die Folge des ganzen? Sie werden nicht mehr extra unter Streik aufgeführt, sondern unter sonstigen Fehlzeiten. Da weiß doch jeder, was das heißt. Es bleibt drin, es bekommt aber einen anderen Namen. Das ist Beschiss, nichts anderes.

Das Ganze, insbesondere die Kontinuität der GRÜNEN in dieser Frage, die einmal angetreten sind gegen Überwachung, und für eine Demokratisierung dieser Gesellschaft, ist kein schwarzes Projekt, auch wenn das Schwarz-Grün jetzt hier weiterführt. Es ist ein rot-grünes Projekt, und die Kontinuität zwischen der Bundesebene und hier stellen wieder einmal die GRÜNEN dar. Das ist ein Projekt aus den Zeiten der Schröder-Regierung, und es stimmt, diese wunderschöne Kommission "moderne Dienstleistung am Arbeitsplatz" war nicht im Jahre 2006, sondern 2002. Zu VW-Manager Hartz braucht man glaube ich nichts mehr zu sagen, es ergibt sich von selbst.

Es geht hier nicht um eine Minimierung, es geht um die Ablehnung eines Gesetzes, das eine Totalerfassung möglich macht und der Unterbau einer Diktatur ist. Dagegen ist die Stasi ein laues Lüftchen gewesen und kann mit dem überhaupt nicht mithalten, was hier technisch möglich ist.

Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen. Man kann diese Dinge nur ablehnen. Es geht doch dabei nicht um Bürokratie. Hier wird neue Bürokratie geschaffen. Es geht um die

Entlastung der Arbeitgeber. Es geht um die Entlastung des Kapitals. Darüber hat hier keiner gesprochen. Es geht darum, aus der Arbeit Kostenfaktoren zu ziehen und die auf die Staatsseite zu stellen, um nichts anderes. Dieses Projekt müsste, wenn wir hier eine Regierung mit Rückgrat hätten, von der Stadt Frankfurt boykottiert werden. Insofern unterstütze ich hundertprozentig diesen Antrag der Linkspartei. Folgen wir diesem Antrag. Es wäre schön, wenn die Stadtregierung sich dazu entschließen könnte. Dann würden wir etwas für die Demokratie tun, die in diesem Land immer mehr unterhöhlt wird.

Danke!

(Beifall)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Vielen Dank, Herr Zieran! Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Feldmayer von den GRÜNEN.

**Stadtverordnete Martina Feldmayer,  
GRÜNE:**

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,  
meine Damen und Herren!

Ich habe eine Freundin mit dem schönen Namen Jelena, die ist auch sehr kommunikativ, aber zum Glück nicht so auskunftsfreudig wie ELENA jetzt sein wird, und das ist auch gut so.

Noch einmal zur historischen Wahrheit. Unter Rot-Grün wurde das Projekt gestartet. Da haben Sie recht, das hieß damals Jobcard. Da ging es darum, Bürokratieabbau zu betreiben, unnötigen Papierkram loszuwerden und sich unnötige Lauferei zu sparen. Es ging darum, einfache Nachweise elektronisch übermittelt zu bekommen, und es ging nicht um das, was jetzt von CDU, CSU und FDP umgesetzt werden soll, die das Projekt ELENA übrigens gerne auch auf Bundesebene freudig mit umsetzen.

(Zurufe, Heiterkeit)

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Vielen Dank! Jetzt liegt mir eine weitere Wortmeldung von Herrn Zieran vor.

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:**

Noch ein Nachtrag, weil die GRÜNEN so wunderschön von dem "bösen" Arbeitgeber oder den "bösen" Leuten, die die Daten nehmen könnten, gesprochen haben. Darum geht es bei dieser Sache nicht. Es geht darum, dass diese Daten strukturell benutzt werden können, auch vom Staat, und dass auch der Staat "böse" sein kann. Bestes Beispiel sind die Mautdaten. "Völlig sicher", sie werden nur zur Mauterhebung benutzt, nie für Verbrechensüberwachung, nie für dies und jenes. Es wird abgestimmt und alle stimmen dafür, wir wollen ja Geld in der Kasse haben. Drei Monate hat es nur gedauert, da werden die Daten für die Verbrechensüberwachung und für andere Zwecke genutzt. Das schöne Wort "Zweckbindung", starke Zweckbindung: Das sind doch alles nur ideologisch wabernde Formulierungen, nichts anderes. Letztendlich ist doch klar, wenn irgendeine Regierung einmal das Interesse hat, diese Daten zur Überwachung zu benutzen, dann wird sie das auch tun. Das ist das Problem. Es ist ein strukturelles Problem. Es wird mit Minimierung nicht gelöst. Sie haben Glück, dass Sie diese Justizministerin haben, sonst sähe die FDP bei den Bürgerrechten völlig nackt aus. Ich schätze diese Justizministerin, aber es ist zu wenig, wenn man minimiert. Man muss solche Datensammlungen strukturell ablehnen. Sie helfen auch den Arbeitnehmern nicht. Sie helfen lediglich den Arbeitgebern Kosten zu senken. Aber auch das könnten wir anders machen. Wir könnten die vorhandene Bürokratie anders organisieren. Es ist doch kein Naturgesetz, dass ich zu zehn Behörden laufen muss, Formulare holen muss und anstehen muss. Dieses ganze Verfahren könnten wir ändern,

ohne Computer und ohne riesige Datensammlungen. Da wäre Kreativität gefragt. Da wäre die Kreativität der GRÜNEN gefragt, wenn Sie überhaupt einmal ernst genommen werden wollen und wenn Sie irgendwas für die Bürgerrechte tun wollen.

Danke!

(Beifall)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Vielen Dank, Herr Zieran! Jetzt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Punkt vor, ich schließe daher die Aussprache.

(Zurufe)

Sie hatten auf den Zettel geschrieben, dass Sie zu Tagesordnungspunkt 11. reden wollen und wir sind im Augenblick bei Tagesordnungspunkt 9. Haben Sie sich vertan? Sie wollen zu Tagesordnungspunkt 9. reden, dann bitte schön.

**Stadtverordneter Hans-Günter Müller,  
FREIE WÄHLER:**

Frau Vorsteherin,  
meine Damen und Herren!

Ich will zu ELENA reden, das ist ganz klar. Was sich hier abspielen wird, und darüber müssen wir nachdenken, ist, dass es Begehrlichkeiten derjenigen wecken wird, die an der Macht sitzen. Davon habe ich Ängste. Denn diejenigen, die an der Macht sitzen, die brauchen irgendwie einen neuen Datensatz, eine neue Information, und heute haben wir die Situation schon ganz klar und deutlich, dass wir schon sehr viele Daten bei den Banken sammeln. Dass wenn wir einkaufen, nur noch mit der Karte gezahlt wird. Dass, egal wo wir uns aufhalten, die Daten zu irgendeinem Pool geführt werden. Und wenn ich alles zusammenfasse, dann ist 1984 schon zu lange zurück, tut mir herzlich leid. Wir sind schon gläsern bis zum Gehnichts-mehr, und wir müssten alles, was in unserer Macht steht, unternehmen, damit das ver-